Amt für Finanzen, 200.3, 12.04.21, 2161

Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag der FDP „Abschaffung der Zweitwohnungssteuer“:

Die Zweitwohnungssteuer wurde zum 01.01.2003 in Bielefeld zur Verbesserung der Haushaltssituation und Sicherung des HSK eingeführt (BV 6344/1999-2004), da

„Zweitwohnungsinhaber die kommunale Infrastruktur ebenso nutzen wie Einwohner mit Hauptwohnung. Da sie im kommunalen Finanzausgleichssystem aber nicht berücksichtigt werden, verursachen sie größere ungedeckte Infrastrukturkosten. Mit der Zweitwohnungssteuer und den Effekten bei den Schlüsselzuweisungen soll diese Deckungslücke reduziert werden. Es wird erwartet, dass sich zahlreiche Inhaber einer Nebenwohnung mit Hauptwohnung anmelden. Damit steigt die Zahl der Einwohner mit Hauptwohnung, die im Finanzausgleich für die Höhe der Schlüsselzuweisungen maßgeblich ist. Bei den Schlüsselzuweisungen wird mit Mehreinnahmen von ca. 670 € je Einwohner/Jahr gerechnet.“

Nach den Erfahrungen anderer Städte wurden seinerzeit 3.800 zusätzliche Hauptwohnsitze und damit höhere Schlüsselzuweisung von rd. 2,5 Mio. € angestrebt.

Außerdem sollten direkt jährliche Steuereinnahmen von ca. 250.000 € pro Jahr erreicht werden.

Beide Zielsetzungen, die mit der Steuereinführung verbunden waren, wurden erreicht.

Bis Ende Februar 2021 haben sich in Bielefeld während des laufenden Veranlagungsverfahrens zur Zweitwohnungssteuer rd. 6.700 Menschen entschlossen, (doch) den HW in Bielefeld zu nehmen.

Daraus errechnet sich mit dem damaligen Wert von 670 € je Einwohner/Jahr ein Finanzvolumen von rd. 4,5 Mio. € als zusätzliche Schlüsselzuweisungen pro Jahr. Der aktuelle Wert pro Einwohner (Basis Finanzausgleich 2021) liegt bei ca. 800 €.

Ohne die Steuer hätte es keine Anreize gegeben, die Meldeverhältnisse entsprechend zu korrigieren.

Zusätzlich sind sicherlich in Kenntnis einer etwaigen Steuererhebung darüber hinaus bereits von Anfang an Anmeldungen mit Hauptwohnsitz erfolgt.

Die durchschnittlichen Steuereinnahmen der vergangenen 5 Jahre daneben lagen bei ca. 300.000 € und damit auch über der Planung. Nach den Erfahrungen in der Veranlagung entfallen davon rd. 50% auf Nebenwohnsitze von Studenten.